

Imal wöch. Bezugspreis für Mai 3,00 Mk. einschl. Postgebühren. Anzeigenpreis: Die 1. resp. 2. und 3. Stelle 20 J. Die 4. bis 10. Stelle 10 J. Die 11. bis 20. Stelle 5 J. Bei Ueberlieferung durch die Post außer dem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 J. Sonntags-Nr. 15 J. Geschäftslicher Teil: Artur Leng in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unedel. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingehende u. m. Rückporto nicht versene Manuskripte verb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptdruckerei: Dr. G. Desjard, Dresden.

Geschäftliche, Druck und Verlag: Germania. Aktien-Gesellschaft für Verlag und Druckerei, Bismarck-Platz 17, Dresden-12.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung. Dresden-Bismarck-Platz 17, Postfach 10711 und 11012.

TAPETEN



F. SCHADE & CO. Dresden, Waisenhausstraße 10, gegenüber Kath. Kl.



LINOLEUM

Die „Sächsische Volkszeitung“ geht mit dem heutigen Tage in den Verlag der Germania Aktien-Gesellschaft für Verlag und Druckerei, Berlin, über. Die Fortführung der politischen und kulturellen Richtung der Zeitung ist damit gewährleistet. Der selbständige Charakter der Zeitung, wie er den Interessen unserer sächsischen Leserschaft entspricht, bleibt in vollem Umfange gewahrt. Der neue Verlag bietet die Sicherheit, daß die Zeitung den Wünschen der Leserschaft entsprechend in gesunder Weise weiter ausgebaut wird.

Verlag und Schriftleitung werden in den nächsten Tagen ihre Ziele und Aufgaben an dieser Stelle noch eingehender darlegen.

Die Schriftleitung.

Der demonstrierende Landtag

Der Sächsische Landtag findet in letzter Zeit Beschmad an Szenen, die nicht geeignet sind, sein Ansehen zu heben. Daß er dabei der Initiative der Kommunisten nachgibt, macht die Sache nicht besser. Als kürzlich der Sozialist Behre im Plenum sich den tätlichen Angriffen einiger mutiger Männer ausgesetzt sah, protestierten die Parteien der Mitte und Rechten. Niemand aber protestierte, als am Donnerstag eine Anzahl nicht weniger mutiger Männer auf einen Wehrlosen einschlugen: auf den Katholizismus.

Gegen das Konkordat hat der Sächsische Landtag in feierlicher Beschlossenheit protestiert. Es wäre leicht, nachdenkliche Betrachtungen über diese weitgehende Einmütigkeit in dieser Frage anzustellen im Vergleich zu der heillosen Uneinigkeit, die in anderen, für das Wohl des Landes Sachsen vielleicht wichtigeren Fragen besteht. Der Anblick der Deutschen Volkspartei in einer Front mit den Kommunisten reizt vielleicht den einen oder anderen zum Lachen. Uns aber ist die Frage des Konkordats zu ernst zu einer solchen Betrachtungsweise, und wir möchten daher dem Vorgehen der Landtagsparteien mit einigen ernstlichen Erwägungen begegnen.

War diese Demonstration des Landtages nötig? Das Land Sachsen wird nie daran denken, mit dem Vatikan ein Konkordat zu schließen. Ueber ein Reichskonkordat ist noch überhaupt nicht verhandelt worden. Es war also eine Demonstration gegen eine künftige Möglichkeit. Da ein Konkordat kulturell-politische Auswirkungen hat und Kulturpolitik in erster Linie Sache der Länder ist, kann man dem Landtag sehr wohl das Recht zubilligen, seine Stellung zu einem etwaigen Reichskonkordat vorausschauend zu erwägen. Der Landtag mußte aber dabei bedenken, daß der Abschluß eines Reichskonkordats ein Akt der Außenpolitik ist, der nur im Rahmen der gesamten Außenpolitik beurteilt werden darf. Diese durch die Außenpolitik gegebenen Grenzen der Kritik hat der Landtag auf das Größlichste verletzt.

Der Vatikan ist eine international anerkannte Macht, auch eine von Deutschland anerkannte Macht. Deutschland steht mit dieser Macht in diplomatischem Verkehr. Die guten Dienste der vatikanischen Diplomatie hat das Reich in schweren Zeiten, zumal vor und nach Beendigung des Krieges, mehr als einmal in Anspruch nehmen müssen. Wenn man sich nicht in Widerspruch mit der Reichspolitik setzen will, darf man eine solche Macht nicht als vertragsunfähig bezeichnen. Das tut man aber, wenn man ein Konkordat von vornherein als unmöglich bezeichnet. Auf Grund der tatsächlichen Anerkennung des Heiligen Stuhles durch das Reich muß verlangt werden, daß ein Vertrag mit dem Vatikan nicht anders beurteilt wird als ein Vertrag mit einer anderen von Deutschland anerkannten internationalen Macht.

Daraus geht schon hervor, daß es ein Widerspruch in sich selbst ist, wenn man ein Reichskonkordat ablehnt mit der Begründung, es beschränke die Staatssovereänität. Jeder außenpolitische Vertrag beschränkt die Freiheit der Vertragschließenden. Das ist ja der Sinn eines Vertrages, daß die Behandlung bestimmter Fragen künftig nicht mehr nach freiem Ermessen, sondern in der vereinbarten Form erfolgt. Diese Binsenwahrheit wird

Die kranke Wirtschaft Europas

Das Kernproblem der Weltwirtschaftskonferenz — Eine geistvolle Darstellung des Engländers W. E. Layton in Genf — Europa zwischen Amerika und Rußland

Genf, 7. Mai. Die Generaldebatte über die Weltwirtschaftskrise entfachte sich gestern — heute soll sie abgeschlossen werden — in ihrer ganzen Breite. Da kamen Portugal und Brasilien zu Worte, da sprachen die Vertreter Italiens, Norwegens und Schwedens über wirtschaftliche Einzelfragen, die diese Länder besonders interessieren. Größere Aufmerksamkeit fand er schon, als der Führer der amerikanischen Delegation, Robinson, das Wort ergriff. Aber seine Rede beschränkte sich auf eine Verbeugung gegenüber der Idee der Weltwirtschaftskonferenz und auf einige Vorschläge, die er dem notleidenden Europa auf Grund der amerikanischen Verhältnisse machte. Man horchte auch auf, als der chinesische Delegierte Tschuan Tschao über die ungerechten Verträge sprach, die sein Land bedrückten. Das Hauptereignis des Tages aber war es, als der Herausgeber der bekannten englischen Zeitschrift „Economist“, Walter E. Layton, der ein außerordentlich gründliches Referat über die Wirtschaftskrise Europas hielt.

Die Ausführungen Laytons bilden die beste Gesamtdarstellung der Probleme der Weltwirtschaftskonferenz, die bisher im Rahmen der allgemeinen Aussprache gegeben worden ist. Layton hat das Verdienst, ganz klar die Kernfrage der gesamten Diskussion herausgearbeitet zu haben: die Wirtschaftskrise Europas. Layton pläzierte in großen Zügen die grundlegende Umgestaltung, die die wirtschaftliche Struktur Europas gegenwärtig aufweist. Die großen wirtschaftlichen Konferenzen von Brüssel im Jahre 1920 und von Genua im Jahre 1922 seien von dem Gedanken ausgegangen, eine Wiederherstellung der europäischen Vorkriegswirtschaft herbeizuführen. Layton betonte jedoch nachdrücklich, daß die Parole der Rückkehr zur Vorkriegswirtschaft grundtätlich falsch sei, da sie von einer falschen Auffassung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Probleme ausgeht. Eine Rückkehr zu der Lage der Vorkriegszeit sei aus drei Ursachen unmöglich: Die Industrialisierung der meisten Länder habe außerordentlich zugenommen, die Entwicklung der modernen Technik und des Verkehrs sowie der gegenseitige Austausch von Kapitalien und anderen wirtschaftlichen Faktoren zwischen den Ländern hätten die preisgelegte Stellung Europas völlig geändert.

Layton betonte, daß die moderne wirtschaftliche Entwicklung keinesfalls, wie vielfach angenommen werde, auf die Umgestaltung

der Weltwirtschaft zurückgehe, sondern daß es sich hierbei um Tendenzen handle, die vor 20 bis 30 Jahren bereits entstanden seien, die aber durch den Weltkrieg eine außerordentliche Beschleunigung erfahren hätten.

Die zweite Ursache der Umgestaltung der Wirtschaftslage Europas gegenüber der Vorkriegswirtschaft sieht Layton in der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nunmehr an der ersten Stelle als Exporteur von Kapitalien getreten seien. In der Vorkriegszeit sei England der erste Weltgeber der Welt gewesen, jedoch unter wesentlich anderen Bedingungen, als dies jetzt bei Amerika der Fall sei. Amerika bringe keine Kapitalien in andere Länder unter, ohne jedoch, wie dies England in der Vorkriegszeit getan habe, für diese Kapitalien die Produktdarke der betreffenden Länder aufzukaufen. Die europäischen Regierungen müßten sich für die nächsten zehn Jahre in ihrer Politik von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß Amerika auch weiterhin bereit sein werde, seine Kapitalien in Europa anzubringen, ohne jedoch in Europa zu kaufen. Es werde sich

ein neues Gleichgewicht der Kräfte ergeben, da Amerika die notwendigen Rohstoffe in den tropischen Ländern aufkaufen werde, so daß sich ein dreieckiges Kräfteverhältnis zwischen Amerika, Europa und den tropischen Ländern ergeben werde.

Die dritte Ursache für die völlige Umgestaltung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse sieht Layton in der Verschiebung der europäischen Bevölkerung.

Während in der Vorkriegszeit die Auswanderung aus Europa 1,3 Millionen betragen habe, zeige die Statistik von 1924 eine Auswanderungszahl von nur 600 000. Ferner sei seit dem Kriege ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Lebensniveau in Europa und in den Ländern jenseits des Ozeans entstanden. Ein wesentlicher Faktor, der fernher aus der Diagnose der Wirtschaftslage Europas berücksichtigt werden müsse, seien die Änderungen in den Handelsbeziehungen der europäischen Länder durch die eingegangenen internationalen Schulden, sowie die Regelung der Reparationsfrage infolge des Weltkrieges. Die Schuldverhältnisse seien durch die ihnen auferlegten Reparationsverpflichtungen gezwungen, ihre Exporte mit allen Mitteln zu erhöhen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

(Fortsetzung Seite 2.)

von den meisten Gegnern des Konkordates geflissentlich nicht beachtet. Was für einen Schiedsvertrag mit Frankreich oder einen Freundschaftsvertrag mit Oesterreich selbstverständlich erscheint, wird ein unerhörtes Ereignis, wenn es sich um den Vatikan handelt.

Eine sachliche Kritik an einem Konkordat wie an jedem anderen Staatsvertrage ist nur so möglich, daß man untersucht, ob Gewinn und Zugestandnis sich die Waage halten. Wie jeden anderen Vertrag kann man ein Konkordat ablehnen mit der Begründung, daß es dem einen Vertragschließenden nur Vorteile, dem andern nur Nachteile bringt. Eine solche sachliche Kritik ist im Falle eines Reichskonkordates überhaupt noch nicht möglich, da ja noch keinerlei Verhandlungen in dieser Richtung stattgefunden haben, geschweige denn irgend etwas über den Inhalt eines solchen Vertrages bisher feststeht. Die Beispiele des Landeskonkordates in Bayern und des Konkordatsentwurfes in Preußen beweisen jedenfalls, daß der Abschluß eines Konkordates auch im Interesse des Staates liegt. Es ist bezeichnend, daß in Preußen die Sozialdemokratie für ein Konkordat eintritt — das hat der sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtages Heilmann noch vor wenigen Tagen sehr klar in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, der auch durch die sozialistische Presse in Sachsen ging — gerade weil es durch Schaffung klarer Rechtsverhältnisse Vorteile für den Staat bringt. Und der erste Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, der Außenminister Dr. Stresemann, hat im Reichstag ausdrücklich ein Reichskonkordat als erwünscht bezeichnet. In Sachsen aber protestiert Sozialdemokratie wie Deutsche Volkspartei gegen das Konkordat.

Man kann also beim besten Willen den Vorstoß des Sächsischen Landtages gegen das befürchtete Reichskonkordat nicht als sachlich empfinden. Umso stärker emp-

findet man etwas anderes, und das ist der unerhörte Ton, in dem diese Kritik vorgetragen worden ist. Da wiederholte etwa der sozialdemokratische Medner die unerhörtesten Vorwürfe, die der mexikanische Präsident Calles gegen die Kirche gerichtet hat, nannte die Kirche eine Dienerin des Kapitalismus, die durch Terror die Menschen selig machen wolle, eine politische Machteinstitution zur Unterdrückung der Geistesfreiheit und ähnlichen schönen Dingen. Unter den 96 Abgeordneten des Sächsischen Landtages aber war kein einziger — und selbst ein ehrlicher Gegner des Konkordates hätte das tun können — der gegen eine solche Beschimpfung der katholischen Kirche, mit deren Oberhaupt das Deutsche Reich in diplomatischen Beziehungen steht, protestiert hätte! Wir fragen: Haben die Männer, die das sächsische Volk zu seinen Vertretern ernannt hat, nicht empfunden, wie sehr ein solcher Vorgang das Ansehen des Landesparlamentes schädigt? Hat man sich nicht mindestens in den Reihen der bürgerlichen Parteien gefragt, daß es unwürdig im höchsten Grade ist, auf die Initiative der Kommunisten hin den Sächsischen Landtag zu einem Forum für die Angriffe der „proletarischen Freidenker“ zu machen?

Hätte ein Katholik im Landtag gesehen, er hätte angesichts dieser unwürdigen Szene protestieren müssen. Sachsens Bevölkerung ist mindestens zu fünf Prozent katholisch — wo aber sind die vier katholischen Abgeordneten, die der Landtag dementsprechend haben mußte? Dieser Landtag hat überhaupt keinen katholischen Abgeordneten. Obwohl Parteien, die in diesem Landtag vertreten sind, in anderen deutschen Ländern sehr wohl katholische Kandidaten aufzustellen wissen — wenn nämlich die Zentrums-partei in diesen Ländern eine gewichtige Rolle spielt. Weil in Sachsen die Zentrumsanhängerschaft kaum für ein Man-